

senior*innen

Respekt, Teilhabe, Gerechtigkeit

Forderungen der DGB-Senior*innen zur Bundestagswahl 2025

Senior*innen sind ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft: engagiert, erfahren und aktiv – in der Familie, im Ehrenamt, in der Nachbarschaftshilfe sowie in kulturellen und politischen Netzwerken. Dennoch bleiben ihre Interessen oft unberücksichtigt. Das muss sich ändern!

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 fordern die DGB-Senior*innen die demokratischen Parteien auf, sich stärker für die Anliegen älterer Menschen ein-

zusetzen. Rund 20 Millionen Menschen über 65 Jahren können mit ihrer Stimme die Wahl beeinflussen – das sind über 30 % der Wahlberechtigten!

Politik für ältere Menschen betrifft mehr als Gesundheit und Pflege. Sie umfasst Bildung, Teilhabe, Digitalisierung, Mobilität und ein Leben ohne Diskriminierung. Unsere Forderungen sind keine Bitten – sie sind berechtigte Ansprüche an eine Politik, die Solidarität und Gerechtigkeit ernst nimmt!

Ein Leben ohne Diskriminierung

Alter darf kein Grund für Benachteiligung sein! Solange Diskriminierung aufgrund des Alters nicht ausdrücklich verboten ist, bleibt dieses Thema in vielen Bereichen unbeachtet. Nur klare gesetzliche Regelungen schaffen Abhilfe.

Gesetze gegen Altersdiskriminierung verbessern

Diskriminierung aufgrund des Lebensalters darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) muss dafür sorgen, dass Alter als Diskriminierungsmerkmal berücksichtigt wird. Versicherungen sollten verpflichtet werden, ihre risikobasierten Altersstaffelungen offen darzulegen. Zudem muss „Alter“ als Diskriminierungsgrund in Artikel 3 (3) des Grundgesetzes aufgenommen werden.

Senior*innenmitwirkung vor Ort stärken

Senior*innenvertretungen in Städten und Gemeinden sind entscheidend, damit ältere Menschen ihre Anliegen auf Augenhöhe einbringen können. Wir fordern, solche Mitwirkungsmöglichkeiten bundesweit zu schaffen.

Gutes Leben im Alter

Senior*innen möchten so lange wie möglich selbstständig leben – in barrierefreien Wohnungen, in lebendigen Nachbarschaften mit guter Anbindung an den Nahverkehr. Dafür braucht es die richtigen politischen Entscheidungen.

Bezahlbares Wohnen sichern

Eine umfassende Mietrechtsreform und gezielte Förderprogramme können dazu beitragen, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Bis dahin sind auch Maßnahmen wie ein „Mietenstopp“ notwendig, um ältere Menschen vor Verdrängung zu schützen.

Altersgerechtes Wohnen fördern

Altersgerechte Umbauten von Wohnungen müssen stärker unterstützt werden. Die Verpflichtung, solche Anpassungen nach dem Auszug rückgängig zu machen, sollte abgeschafft werden.

Selbstbestimmtes Leben auch bei Pflegebedürftigkeit

Pflegebedürftigkeit darf nicht bedeuten, die Selbstbestimmung zu verlieren. Statt teurer Heime braucht es menschenwürdige Alternativen, wie präventive Hausbesuche und flächendeckende Pflegeberatung. Langfristig

sollte die Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgervollversicherung weiterentwickelt werden, die alle pflegerischen Kosten abdeckt.

Mobilität für alle garantieren

Damit Senior*innen auch ohne Auto mobil bleiben, fordern wir eine barrierefreie Mobilitätsgarantie. Ein bezahlbares Deutschlandticket für Senior*innen – ohne digitale Hürden – kann dies gewährleisten.

Digitalisierung: Zugang für alle

Die digitale Welt darf ältere Menschen nicht ausschließen. Der Zugang zu digitalen Angeboten muss einfacher werden, aber niemand darf gezwungen sein, sie zu nutzen.

DigitalPakt "Alter"

Das Internet sollte für alle zugänglich sein – unabhängig vom Einkommen. Auch Heime sollten mit Internet ausgestattet sein, um den Kontakt zu Angehörigen zu erleichtern.

Digitale Bildung fördern

Einfache Schulungen zum Umgang mit Handy, Tablet oder Laptop sind unverzichtbar. Solche Angebote müssen ausgebaut werden.

Recht auf analoge Zugänge

Es muss weiterhin möglich sein, Bankgeschäfte, Fahrkartenkäufe oder Behördengänge analog – ohne zusätzliche Gebühren – abzuwickeln.

Finanzielle Unterstützung für digitale Endgeräte

Der DigitalPakt Schule von Bund und Ländern sieht vor, junge Menschen mit digitalen Endgeräten auszustatten. Ein solches Programm braucht es auch für ältere Menschen, die sich Endgeräte und Internetgebühren sonst nicht leisten können.

Sozialstaat und Verbraucherschutz sichern

Eine gerechte Finanzierung der Sozialversicherungen ist notwendig, damit soziale Leistungen erhalten und ausgebaut werden können.

Ein starker Sozialstaat schützt vor Altersarmut

Ein starker Sozialstaat schützt vor Armut, insbesondere im Alter. Dies bedeutet die Sozialversicherungen gerecht zu finanzieren und die sozialen Leistungen auszubauen. Das heißt aber auch eine nationale Koordinierungsstelle für Kommunen einzurichten, um

Städte und Gemeinden altersfreundlich weiterzuentwickeln.

Solidarische Finanzierung

Die Beiträge von Reichen und Superreichen müssen stärker zur Finanzierung beitragen. Auch steuerfinanzierte Zuschüsse sind erforderlich, um die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung zu stärken.

Pflegekosten gerecht verteilen

Pflegebedürftige sollten nicht länger die Hauptlast der Pflegekosten tragen. Die Versicherung muss alle pflegerischen Kosten übernehmen.

Deine Stimme zählt!

Senior*innen stellen über 30 % der Wahlberechtigten. Lass dich nicht auf das Klischee „pflegebedürftig“ reduzieren – du bist entscheidend für die Politik von morgen!

Informiere dich über die senior*innenpolitischen Programme der Parteien und treffe eine kluge Entscheidung am 23. Februar 2025.

Geh wählen – Deine Stimme zählt!

Seite 4/4

V. i. S. d. P. DGB Bundesvorstand, Markus Hofmann, Abteilung Sozialpolitik, Keithstraße 1, 10787 Berlin

Rechte älterer Menschen international stärken

Senior*innen machen 25 % der europäischen Bevölkerung aus, doch ihre Interessen finden kaum Gehör.

UN-Altenrechtskonvention

Die Bundesregierung sollte sich für eine UN-Altenrechtskonvention einsetzen. Sie wäre ein klares Signal gegen Diskriminierung aufgrund des Alters.

Diskriminierungsschutz in der EU

Wir fordern, dass die EU das Recht auf ein würdevolles Leben im Alter umsetzt, wie es in der Charta der Grundrechte verankert ist.

